

15.11.2017

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis90/Die Grünen

„Anhebung Stellen bremische Bürgerschaft, Teil 1“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der **Produktgruppen-Stellenplan** wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	01	Bürgerschaft
Produktbereich:	01.01	Bürgerschaft (L)
Produktgruppe:	01.01.01	Bürgerschaftskanzlei(L)

Das Stellenvolumen von 55 Stellen wird für das Jahr 2018 um 2 Stellen der Wertigkeit A15 auf 57 Stellen erhöht. Das Stellenvolumen von 55 Stellen wird für das Jahr 2019 um 2 Stellen der Wertigkeit A15 auf 57 Stellen erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der kamerale **Stellenplan** wie folgt

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	00	Bürgerschaft, Senat, Rechnungshof., Staatsgerichtshof, Bundesangelegenheiten, Datenschutz, Inneres, Frauen
Kapitel:	0010	Bremische Bürgerschaft

Das Stellenvolumen im Kapitel 0010 - Bremische Bürgerschaft für das Jahr 2018 wird von 58 Stellen auf 60 Stellen erhöht.

Das Stellenvolumen im Kapitel 0010 - Bremische Bürgerschaft für das Jahr 2019 wird von 58 Stellen auf 60 Stellen erhöht.

Max Liess, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Björn Fecker, Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

15.11.2017

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

„Verwendung von DFL-Einnahmen für die Abgeltung der durch Bereitschaftsdienst der Polizei geleisteten Mehrarbeit“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Realisierte Einnahmen in Sachen Gebühren für Fußball-Einsätze sollen bis zu einer Höhe von 500.000 EUR für die Abgeltung von Mehrarbeitsstunden bedingt durch Bereitschaftsdienst der Polizei verwendet werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	07	Inneres
Produktbereich:	07.01	Polizei (L)
Produktgruppe:	07.01.01	Polizeivollzug (L)

Der Anschlag bei den konsumtiven Einnahmen wird für das Jahr 2018 um 500 Tsd. EUR erhöht.

Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2018 um 500 Tsd. EUR erhöht.

Der Anschlag bei den konsumtiven Einnahmen wird für das Jahr 2019 um 500 Tsd. EUR erhöht.

Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2019 um 500 Tsd. EUR erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert:

a)

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	00	Bürgerschaft, Senat, Rechnungshof, Staatsgerichtshof, Bundesangelegenheit, Datenschutz, Inneres, Frauen
Kapitel:	0034	Polizei Bremen
Titel:	111 11-1 (neu)	Einnahmen aus Gebühren für Fußball-Einsätze

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2018 von 500.000 EUR eingestellt.

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2019 von 500.000 EUR eingestellt.

Es wird der folgende Haushaltsvermerk angebracht:

„Siehe zu 422 11-7.“

b)

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	00	Bürgerschaft, Senat, Rechnungshof, Staatsgerichtshof, Bundesangelegenheit, Datenschutz, Inneres, Frauen
Kapitel:	0034	Polizei Bremen
Titel:	422 11-7	Bezüge der planmäßigen Beamten (Polizeivollzug)

Der Anschlag wird für das Jahr 2018 von 100.478.410 EUR um 500.000 EUR auf 100.978.410 EUR erhöht.

Der Anschlag wird für das Jahr 2019 von 99.956.540 EUR um 500.000 EUR auf 100.456.540 EUR erhöht.

Der bestehende Haushaltsvermerk wird wie folgt neu gefasst:

„Für 2018:

1. Über 100.478.410 EUR hinaus dürfen Mehrausgaben in Höhe der Mehreinnahmen bei 111 51-0 sowie in Höhe der Einnahmen bei 111 11-1 für die Abgeltung der Mehrarbeitsstunden der Polizei, begrenzt auf max. 500.000 EUR, geleistet werden.
2. Mittel für die Erhöhung der Ziel-Zahl 2.600 sind nur für Neueinstellungen und notwendige Flexibilisierungsmaßnahmen (z.B. Dienst- und Werkverträge) zu verwenden. Dem Haushalts- und Finanzausschuss ist quartalsweise über die Inanspruchnahme zu berichten.

Für 2019:

1. Über 99.956.540 EUR hinaus dürfen Mehrausgaben in Höhe der Mehreinnahmen bei 111 51-0 sowie in Höhe der Einnahmen bei 111 11-1 für die Abgeltung der Mehrarbeitsstunden der Polizei, begrenzt auf max. 500.000 EUR, geleistet werden.
2. Mittel für die Erhöhung der Ziel-Zahl 2.600 sind nur für Neueinstellungen und notwendige Flexibilisierungsmaßnahmen (z.B. Dienst- und Werkverträge) zu verwenden. Dem Haushalts- und Finanzausschuss ist quartalsweise über die Inanspruchnahme zu berichten.“

Max Liess, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

15.11.2017

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

„Verstärkungspaket zur Verbesserung der Bildungsqualität, Teil I“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	21	Kinder und Bildung
Produktbereich:	21.90	Zentrale Dienste (L)
Produktgruppe:	21.90.01	Senatorische Angelegenheiten (L)

Die unter II. vorgeschlagene Änderung wirkt sich nicht auf die Darstellung im Produktgruppenhaushalt aus.

II. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt ergänzt:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	02	Bildung, Kultur, Wissenschaft
Kapitel:	0201	Allgemeine Bewilligungen für Bildung
Titel:	971 00-4 (neu)	Globale Mehrausgaben Verstärkungspaket zur Verbesserung der Bildungsqualität

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2018 von 2.000.000 EUR eingestellt.

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2019 von 2.000.000 EUR eingestellt.

Es wird folgende Erläuterung angebracht:

Die Mittel sollen ausschließlich für Maßnahmen verwendet werden, die im Rahmen der Senatsvorlage „Konsequenz aus dem IQB-Bildungstrend – Pakt zur Verbesserung der Bildungsqualität“ (Senat am 07.11.2017) beschlossen worden sind.

Max Liess, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Björn Fecker, Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

15.11.2017

Änderungsantrag der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

„Projektmittel für Studentenwohnheime in Bremen und Bremerhaven“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Finanzierung der zusätzlich für die Planung von Studentenwohnheimen in Bremen und Bremerhaven eingestellten Mittel soll durch eine Kürzung bei den sächlichen Verwaltungsausgaben erfolgen (siehe gesonderten Antrag).

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	24	Hochschulen und Forschung
Produktbereich:	24.04	Studierende (L)
Produktgruppe:	24.04.01	Studentenwerk Bremen (L)

Der Anschlag bei den investiven Ausgaben wird für das Jahr 2018 von 3.300 Tsd. EUR um 100 Tsd. EUR auf 3.400 Tsd. EUR erhöht.

Der Anschlag bei den investiven Ausgaben wird für das Jahr 2019 von 3.900 Tsd. EUR um 125 Tsd. EUR auf 4.025 Tsd. EUR erhöht.

II. Der kamerale Haushaltshaltsplan wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	02	Bildung, Kultur, Wissenschaft
Kapitel:	0273	Allgemeine Bewilligungen für Hochschulen
Haushaltsstelle:	894 11-1 (neu)	Projektmittel für die Planung von Studentenwohnheimen in Bremen und Bremerhaven

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2018 von 100.000 € eingestellt

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2019 von 125.000 € eingestellt

Es wird folgende Erläuterung angebracht:

„Die Mittel sind für Planungsprojekte für Studentenwohnheime wie folgt aufzuteilen:

- für das Gebiet Neustadt/Woltmershausen 50.000 € p.a.
- für das Gebiet Bremer Westen 25.000 € p.a.
- für das Gebiet Horn-Lehe 25.000 € p.a.
- für das Gebiet der Stadt Bremerhaven 25.000 für das Jahr 2019“

Max Liess, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Björn Fecker, Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

15.11.2017

Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen

„Azubiwohnheim – Planungsmittel“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Um zeitnah preiswerte Ein-Personen-Wohnungen zu schaffen, soll ein geeignetes Grundstück oder eine Bestandsimmobilie (wie beispielsweise das Jakobushaus) für den Bau eines Azubi-Wohnheims gefunden werden. Zur Gegenfinanzierung werden städtische Zinsminderausgaben herangezogen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	31	Arbeit
Produktbereich:	31.01	Beschäftigungspol. Aktionsprog.(L)
Produktgruppe:	31.01.01	Beschäftigungspol. Aktionsprog. (L)

Der Anschlag bei den **investiven Ausgaben** wird für das Jahr 2018 um 50 Tsd. EUR erhöht.

Der Anschlag bei den **investiven Ausgaben** wird für das Jahr 2019 um 50 Tsd. EUR erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	03	Arbeit
Kapitel:	0305	Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP)
Titel:	893 20-0 (neu)	Planungsmittel für den Bau eines Auszubildenen-Wohnheims

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2018 von 50.000 EUR eingestellt.

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2019 von 50.000 EUR eingestellt.

Max Liess, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Björn Fecker, Maïke Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

15.11.2017

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD

„Fachkräftesicherung in der Altenpflege“, Teil I

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Mit dem im Haushalt eingestellten Mitteln soll entweder ein Sofortprogramm zur Altenpflege für in den Arbeitsmarkt zu integrierenden besondere Gruppen (Langzeitarbeitslose, Geflüchtete, Alleinerziehende) aufgelegt oder im Rahmen der Bremer-Pflegeinitiative begleitende Maßnahmen durchgeführt werden, um die vorhandenen Plätze vollständig zu besetzen. Über den Fortgang des Projektes ist regelmäßig in der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und in der Deputation für Soziales, Jugend und Integration zu berichten.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der **Produktgruppenhaushalt** wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	41	Jugend und Soziales
Produktbereich:	41.21	Landesaufgaben Soziales (L)
Produktgruppe:	41.21.01	Sozialleistungen Bereich Soziales (L)

Der Anschlag bei den **sonstigen konsumtiven Ausgaben** wird für das Jahr 2018 um 220 Tsd. EUR erhöht.

Der Anschlag bei den **sonstigen konsumtiven Ausgaben** wird für das Jahr 2019 um 220 Tsd. EUR erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der **Haushaltsplan** wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	04	Jugend, Soziales, Integration
Kapitel:	0410	Sozialhilfeleistungen
Titel:	684 14-0 (neu)	Projekt Fachkräftesicherung in der Altenpflege

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2018 von 220.000 EUR eingestellt.

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2019 von 220.000 EUR eingestellt.

Es wird folgender Haushaltsvermerk angebracht:

1. Die Deckungsfähigkeit nach § 4 HG gilt nicht für diesen Titel.
2. Die Mittel sind gesperrt. Über die Freigabe entscheidet der Haushalts- und Finanzausschuss nach Vorlage eines Konzeptes.

Björn Fecker, Maïke Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Max Liess, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

15.11.2017

Änderungsantrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD

„Veranschlagungskorrektur beim Stadtticket, Teil I.“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Korrektur der veranschlagten Einnahmen für das Stadtticket von der BSAG. Die Mittel wurden bei Land veranschlagt, sind aber der Stadtgemeinde Bremen zuzuordnen. Die Deckung erfolgt im Rahmen der Schlußanträge für die Sitzungen des Haushalts- und Finanzausschusses.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	68	Umwelt, Bau und Verkehr
Produktbereich:	68.01	Verkehr / ÖPNV (L)
Produktgruppe:	68.01.01	ÖPNV / Konsumtive Finanzhilfen (L)

Der Anschlag bei den konsumtiven Einnahmen wird für das Jahr 2018 von 825 Tsd. EUR um 535 Tsd. EUR auf 290 Tsd. € reduziert.

Der Anschlag bei den konsumtiven Einnahmen wird für das Jahr 2019 von 825 Tsd. EUR um 535 Tsd. EUR auf 290 Tsd. EUR reduziert.

II. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	06	Umwelt, Bau und Verkehr
Kapitel:	0687	Oberste Landesstraßenbaubehörde
Titel:	231 20-1	Vom Bund für Ausgaben gemäß § 11 BremÖPNVG

Der Anschlag wird für das Jahr 2018 von 535.000 EUR um 535.000 EUR auf 0 EUR reduziert.

Der Anschlag wird für das Jahr 2019 von 535.000 EUR um 535.000 EUR auf 0 EUR reduziert.

Björn Fecker, Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Max Liess, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

15.11.2017

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD

Pilotprojekt „Revitalisierung aufgegebenen Immobilien in Bremerhaven (Klushuizen-Modell)“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Zur Bekämpfung von Wohnungsleerstand und Verwahrlosung soll in der Stadtgemeinde Bremerhaven ein Pilotprojekt nach Rotterdamer Vorbild initiiert werden, mit dessen Hilfe neue Käufergruppen gewonnen und der Erwerb von Eigentum auch in problematischen Quartieren attraktiv gemacht werden kann.

Die Finanzierung des Pilotprojektes wird mit gesondertem Antrag dargestellt.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	68	Umwelt, Bau und Verkehr
Produktbereich:	68.02	Fachbereich Bau und Stadtentwicklung (L)
Produktgruppe:	68.02.06	Städtebau/ Städteumbau / Wohnungswesen (L)

Der Anschlag bei den **Verrechnungs-/Erstattungsausgaben** wird für das Jahr 2018 um 200 Tsd. EUR erhöht.

Der Anschlag bei den **Verrechnungs-/Erstattungsausgaben** wird für das Jahr 2019 um 200 Tsd. EUR erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	06	Umwelt, Bau und Verkehr
Kapitel:	0681	Allgemeine Bewilligungen für Bau und Verkehr
Titel:	985 18-2 (neu)	An Bhv für die Revitalisierung aufgegebenen Immobilien

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2018 von 200.000 EUR eingestellt.

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2019 von 200.000 EUR eingestellt.

Es wird folgender Haushaltsvermerk angebracht:

Die Mittel sind gesperrt. Über die Freigabe entscheidet der Haushalts- und Finanzausschuss nach Befassung der Deputation für Umwelt, Bau und Verkehr auf Basis eines vorzulegenden Konzeptes.

Björn Fecker, Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Max Liess, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

15.11.2017

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis90/Die Grünen

„Anhebung Stellen bremische Bürgerschaft, Teil 2“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Produktgruppen-Stellenplan wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	92	Allgemeine Finanzen
Produktbereich:	92.02	Zentral veransch. Personalausgaben (L)
Produktgruppe:	92.02.04	Zentral veransch. PA - Sonstiges (L)

Das Stellenvolumen von 133,5 Stellen wird für das Jahr 2018 um 2 Stellen auf 131,5 Stellen abgesenkt. Das Stellenvolumen von 137,5 Stellen wird für das Jahr 2019 um 2 Stellen auf 135,5 Stellen abgesenkt.

II. In konkreter Umsetzung wird der kamerale Stellenplan wie folgt:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	09	Finanzen
Kapitel:	0990	Zentral veranschlagte Personalausgaben

Das Stellenvolumen im Kapitel 0990 - Zentral veranschlagte Personalausgaben für das Jahr 2018 wird von 133,5 Stellen auf 131,5 Stellen abgesenkt.

Das Stellenvolumen im Kapitel 0990 - Zentral veranschlagte Personalausgaben für das Jahr 2019 wird von 137,5 Stellen auf 135,5 Stellen abgesenkt.

Max Liess, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Björn Fecker, Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

15.11.2017

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

„Verstärkungspaket zur Verbesserung der Bildungsqualität, Teil II“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	93	Zentrale Finanzen
Produktbereich:	93.01	Zentrale Finanzen
Produktgruppe:	93.01.02	Kredite, zentrale Zinseinnahmen/-ausgaben

Die unter II. vorgeschlagene Änderung wirkt sich nicht auf die Darstellung im Produktgruppenhaushalt aus.

II. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt ergänzt:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	09	Finanzen
Kapitel:	0980	Allgemeines Kapitalvermögen, Schuldendienst, Rücklagen
Titel:	575 01-2	Zinsen an sonstigen Kreditmarkt

Der Anschlag wird für das Jahr 2018 von 74.261.600 EUR um 2.000.000 EUR auf 72.261.600 EUR reduziert.

Der Anschlag wird für das Jahr 2019 von 96.329.000 EUR um 2.000.000 EUR auf 94.329.000 EUR reduziert.

Max Liess, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Björn Fecker, Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

15.11.2017

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD

„Korrektur des Wirtschaftsplans 2018/2019 der Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) möge den geänderten Wirtschaftsplan 2018/2019 der Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen beschließen:

Im vorgelegten Haushaltsentwurf 2018/2019 inkl. der beigefügten Wirtschaftspläne sind im Wirtschaftsplan der Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen einige Korrekturen vorzunehmen. Diese resultieren aus einem technischen Fehler im Vermögensplan bei der Position 3c „Abführung Kapitalerträge aus Vorjahren an den Haushalt (Land)“. Anstatt auf Tsd. € Euro wurden die Beträge auf Mio. € gerundet. Die an den Haushalt des Landes Bremen abzuführenden Zinserträge erhöhen sich.

Dies führt wiederum zu Änderungen in der Position 2a „Erwerb von Wertpapieren (Land Bremen)“ des Vermögensplans. Da mehr Kapitalerträge an den Haushalt des Landes Bremen abgeführt werden, sinkt der mögliche Anlagebetrag.

Im Erfolgsplan ändert sich durch die verringerte Vermögensanlage die Position 1a „Kassenwirksame Erträge aus der Anlage (Wertpapiere, Termingelder etc.) von Zuführungen des Landes Bremen“

Die Änderung beinhaltet keine Auswirkungen auf die kameralen- und Produktgruppen-Haushaltsentwürfe.

Der geänderte Wirtschaftsplan 2018/2019 ist dem Antrag Drs. 19/682 S beigefügt.

Björn Fecker, Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Max Liess, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

15.11.17

Änderungsantrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD

„Technik Produktgruppenhaushalt“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019 – Technische Ermächtigung

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, die im Produktgruppenhaushalt 2018/2019 enthaltenen Angaben (Basisinformationen, Angaben zum Ressourceneinsatz, zu den Leistungszielen/-kennzahlen, Vergleichskennzahlen, Kapazitätsdaten etc.) in den Fällen anzupassen, in denen

1. die vollständige Trennung des Produktgruppenhaushalts in Landes- und städtische Produktgruppen und Produktbereiche noch nicht vollzogen wurde,
2. im Rahmen der parlamentarischen Haushaltsberatungen für die Jahre 2018/2019 eine Veränderung von Produktbereichs- bzw. Produktgruppenbudgets in einem für das jeweilige Budget erheblichen Umfange erfolgte,
3. zu den Personaldaten aktuellere Angaben zum voraussichtlichen Personalbestand in den Jahren 2018/2019 vorliegen,
4. zwischenzeitlich von den Ressorts neue bzw. aktualisierte - den Informationsgehalt der vorliegenden Produktbereichs- bzw. Produktgruppenblätter verbessernde - Angaben erarbeitet werden konnten.

Björn Fecker, Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Max Liess, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD